



## Niederschrift

über die  
16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und  
Planung  
am 27.05.2015  
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Heinz-Friedrich Carstens  
Abg. Wolfgang Harling  
Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten  
Abg. Dr. Gabriele Hornhardt  
Abg. Volker Kullik  
Abg. Thomas Lauber  
Abg. Ingolf Lienau  
Abg. Rolf Lüdemann  
Abg. Angelus Pape  
Abg. Bernd Sievert  
Abg. Reinhard Trau  
Abg. Christian Winsemann

#### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Reinhold Becker  
Abg. Dr. Manfred Damberg

#### **Verwaltung**

Erster KR Dr. Torsten Lühring  
Herr Jürgen Cassier  
Frau Janine Kaeding  
Frau Tjede Nordhoff  
Herr Rainer Meyer  
Herr Matthias Cordes

Entschuldigt:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Reinhard Lindenberg

## **Tagesordnung:**

### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 19.03.2015
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Bericht über die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg  
Vorlage: 2011-16/1060
- 6 Bestellung von Naturschutzbeauftragten  
Vorlage: 2011-16/1059
- 7 Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 22.04.2015: Geplante Fracking-Gesetze und deren Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt  
Vorlage: 2011-16/1049
- 8 Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 25.04.2015: Belastung der Bevölkerung und der Umwelt durch radioaktive Stoffe beim Fracking  
Vorlage: 2011-16/1051
- 9 Anfragen

### **b) nichtöffentlicher Teil**

- 10 Berichte und Anfragen

### **a) öffentlicher Teil**

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Ausschussvorsitzender Kullik** eröffnet um 9:35 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Auf Vorschlag des **Ausschussvorsitzenden Kullik** wird die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 5 und 6 getauscht, da der Referent zu TOP 5 gerade erst eingetroffen ist. Inhaltlich wird die Tagesordnung nicht geändert. Sie wird mit dieser Änderung festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 19.03.2015**

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 19.03.2015 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Ausschussvorsitzender Kullik weist vor dem Einstieg in die weiteren Tagesordnungspunkte auf die im Anschluss an die Sitzung stattfindende nichtöffentliche Bereisung im nördlichen Kreisgebiet hin.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** berichtet wie folgt:

- Zum geplanten Torfabbau in Gnarrenburg habe es Unmutsbekundungen bezüglich unterschiedlicher Fristen für die Abgabe einer Stellungnahme gegeben. Hierzu sei klarzustellen, dass das Verwaltungsverfahrensgesetz für die Träger öffentlicher Belange eine Äußerungsfrist von 3 Monaten vorsehe, für Verfahren nach dem Niedersächsischen Wassergesetz seien 2 Monate vorgeschrieben. Die Öffentlichkeit habe lediglich für einen Monat ein Einsichtsrecht in die Unterlagen und dann weitere 2 Wochen Frist für die Erhebung von Einwendungen. Man habe sich jetzt zugunsten der Öffentlichkeit für eine zwei-monatige öffentliche Auslegung entschieden. Auf denselben Zeitraum sei die Möglichkeit der Erhebung von Einwendungen begrenzt worden. Das Fristende sei der 24.07.2015.

**Forstoberrat Cassier** teilt folgendes mit:

- Seitens des Landvolkes Verden solle eine Veranstaltung zum Thema „Wolf und Nutztiere“ stattfinden. Termin sei der 16.06.2015 in Unterstedt. Herr Fass vom Wolfscenter Dörverden werde zum Thema Nutztiere zugegen sein und **Forstoberrat Cassier** als hiesiger Wolfsberater.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht über die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg**  
**Vorlage: 2011-16/1060**

---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde verschoben und nach TOP 6 behandelt.

**Ausschussvorsitzender Kullik** erteilt dem Referenten für Öffentlichkeitsarbeit der Metropolregion Hamburg, **Herrn Swen Wacker**, das Wort. **Herr Wacker** stellt mit Hilfe einer Bildschirmpräsentation den aktuellen Sachstand der Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion vor. Zu seiner Person führt er aus, er sei bei der Staatskanzlei Kiel angestellt. Die Geschäftsstelle bestehe aus insgesamt 10 Personen, die jeweils bei den beteiligten Kommunen und Bundesländern angestellt seien. Die Geschäftsstelle habe demnach kein „eigenes“ Personal. Die Metropolregion

sei nicht institutionalisiert, sondern werde von der fortlaufenden freiwilligen Zusammenarbeit der Landkreise aus 4 Bundesländern mit ihren insgesamt 1000 Städten und Gemeinden getragen. Es existierten 3 Förderfonds, die von den beteiligten 4 Bundesländern finanziert würden. Der weitere Inhalt des Vortrages zu den Themen

- Regionalmanagement Untere Elbe,
- Elektromobilität,
- Naturerlebnistage,
- Regionale Erreichbarkeitsanalysen,
- Gewerbeflächen,
- Tage der Industriekultur am Wasser,
- Demographie und Daseinsvorsorge,
- Evaluation,
- Profektziele

ergibt sich aus der Präsentation, die im Kreistagsinformationssystem für jeden Abgeordneten abrufbar hinterlegt wird.

Es schließen sich Fragen der Sitzungsteilnehmer an.

**Abgeordnete Dr. Hornhardt** fragt nach der Höhe des Förderanteils durch die Metropolregion. **Herr Wacker** antwortet, eine Förderung sei nur anteilig möglich, da Eigenanteile der Kommunen haushaltsrechtlich vorgeschrieben seien. Die maximale Förderquote betrage 80 %. Über die Anträge entscheide der Lenkungsausschuss, der aus 14 Mitgliedern aus der Beamtenebene der Länder und Kommunen bestehe.

**Abgeordneter Lienau** merkt an, die Zusammenarbeit sei schwerpunktmäßig an Wirtschafts- und Verkehrsfragen ausgerichtet. Das Zentrum Hamburg profitiere. Die Samtgemeinden Tarmstedt und Zeven seien vorrangig in Richtung Bremen orientiert. Die Landkreise Cuxhaven und Heidekreis gehörten mehr als einer Region an.

**Abgeordneter Lienau** nennt als Konfliktfelder die Elbvertiefung und den Autobahnbau. Er fragt, in welcher Weise die Metropolregion zur Lösung dieser Konflikte beitrage. **Herr Wacker** sagt, mit ihrer Größe und Einwohnerzahl sei die Metropolregion Hamburg ein gewichtiger Verhandlungspartner auf Bundesebene; auf dieser Ebene würden die genannten Verkehrsprojekte verhandelt. Ein Beispiel aus dem Schienenverkehr sei die Verlängerung der S-Bahnlinie 4 in Richtung Lübeck und Harburg.

**Abgeordneter Lauber** fragt, in welchen Gremien der Landkreis Vertreter habe und wie der Einfluss des Landkreises innerhalb der Metropolregion sei. **Herr Meyer** teilt mit, der Landkreis sei seit 1992 Mitglied der Metropolregion Hamburg. Seitdem seien ca. 2 Mio. € an Fördergeldern in den Landkreis geflossen. In folgenden Gremien sei der Landkreis vertreten:

- Arbeitsgruppe Verkehr,
- Regionale Arbeitsgemeinschaft,
- Arbeitsgemeinschaft Klimaschutz,
- Wirtschaftsförderungsrat,
- Hamburg Marketing GmbH.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** führt als weiteres Beispiel ÖPNV-Projekte an. Der Landkreis sei hier über die Verkehrsgesellschaft Nordostniedersachsen (VNO) gut eingebunden.

**Herr Becker** lobt die Projekte aus der Vergangenheit. Er fragt, wie weit die Metropolregion ihr Gewicht ins Spiel bringen könne, z. B. bei einer Ausweitung des HVV-Gebietes bis nach Bremerförde. **Herr Wacker** antwortet, der Wunsch, den HVV deckungsgleich auf das Gebiet der Metropolregion zu erweitern, sei nicht realisierbar. Nach seiner Ansicht sollten sich Verbünde jedoch vergrößern. Der HVV sei vorrangig auf dem Schienenweg zu erweitern.

Die Frage des **Abgeordneten Dr. Damberg** nach Elektro-Autos wird vom **Ersten Kreisrat Dr. Lühring** beantwortet. Derzeit habe der Landkreis ein Fahrzeug über ein Projekt der Metropolregion erworben. Zum Thema HVV ergänzt er, eine Tarifierweiterung sei voraussichtlich mit erheblichen Kosten verbunden. Derzeit laufe eine Untersuchung zur Machbarkeit. Wäre der Land-

kreis nicht Mitglied der Metropolregion Hamburg, stünden seine Chancen auf eine HVV-Tarifaufweitung sicherlich schlechter.

**Abgeordneter Sievert** stellt fest, aus dem Bereich der Samtgemeinde Tarmstedt seien die meisten Pendler in Richtung Bremen orientiert. Nach seiner Kenntnis gebe es für Elektro-Autos 3 private Anbieter für ein E-Auto-Sharingsystem. Er erkundigt sich nach den Fördermöglichkeiten für E-Autos. **Herr Wacker** teilt mit, Informationen dazu könnten nachgereicht werden. Als Schwerpunkt sei die Schaffung von Ladestationen zu sehen. Zusätzlich sei die Nutzung eines Mietwagens ohne Aufpreis bei der Nutzung eines E-Autos eingeschlossen.

**Abgeordneter Harling** fragt, ob sich die Metropolregion schon mit der Frage Olympia in Hamburg befasst habe. **Herr Wacker** schickt seiner Antwort voraus, dass an der Bewerbungsgesellschaft der DOSB mit 51 % und Hamburg mit 49 % beteiligt seien. Nach seiner Ansicht sollten die Kreise sich in die Vorbereitungen einmischen, um Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen zu erreichen, damit sie nicht lediglich Parkplätze und Hotels anböten.

**Abgeordneter Dr. Holsten** fragt nach dem Stand der Aktion „Das Blaue Band“, einer Aktion zum Fischotterschutz. **Herr Wacker** antwortet, diese Aktion sei mittlerweile abgeschlossen. Nach seiner Kenntnis solle ein Nachfolgeprojekt aufgesetzt werden, allerdings gebe es bislang nichts Spruchreifes dazu.

**Ausschussvorsitzender Kullik** merkt an, er sei bislang Kritiker der Metropolregion gewesen. Nach Kenntnisnahme der für den Landkreis günstigen finanziellen Auswirkungen habe sich seine Ansicht gewandelt. Als Beispiel führt er den Torfhafen in der Gemeinde Gnarrenburg an. Man dürfe allerdings nicht ausschließlich die finanziellen Wirkungen allein betrachten.

Diese Auffassung unterstützt **Herr Wacker**. Die geförderten Projekte seien ein Gewinn für die gesamte Region. Als Beispiel nennt er die Aktion „99 Lieblingsplätze im Grünen“, in der neben dem Landpark Lauenbrück auch der Golfplatz Sittensen vorkomme. Die Vorteile seien nicht rein monetär zu sehen. Vielmehr sollten die Attraktionen auch dazu dienen, Kontakte zu knüpfen und auf diese Weise die Vielfalt der Region für alle Einwohner nutzbar zu machen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dankt **Ausschussvorsitzender Kullik** dem Referenten für die Informationen und beendet die Beratungen zu diesem Punkt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Bestellung von Naturschutzbeauftragten**  
**Vorlage: 2011-16/1059**

---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und vor TOP 5 behandelt.

**Ausschussvorsitzender Kullik** teilt mit, dass Herr Dirk Israel sich wegen anderweitiger Terminverpflichtungen nicht persönlich vorstellen könne. Der Einladung zur Sitzung liege eine Auflistung der bisherigen Tätigkeiten Herrn Israels bei. Anschließend bittet er Frau Dr. Christiane Looks, sich den Sitzungsteilnehmern vorzustellen.

**Frau Dr. Christiane Looks** stellt den Anwesenden ihre Beziehungen zum Landkreis Rotenburg (Wümme) und zur Natur vor. Als pensionierte Gymnasiallehrerin habe sie seit 1978 am Gymnasium Am Wall in Verden die Fächer Kunst und Religion unterrichtet. Nebenberuflich sei sie im Gesundheitswesen tätig gewesen. Außerdem habe sie an der Bremer Universität einen Lehrauftrag gehabt. Im Jahre 1978 sei sie gemeinsam mit ihrem Mann nach Ahausen gezogen. Den Landkreis Rotenburg habe sie sich anhand von Kartenmaterial und Wanderbüchern systematisch erarbeitet. Der Bezug zum Naturschutz ergebe sich auch aus ihren Unterrichtsfächern. Im Fach Kunst vermittele das Thema Landschaftsmalerei und Romantik einen guten Bezug zur heimischen Natur und Landschaft. Im Fach Religion stelle die Natur an sich einen Wert dar. Ihren eigenen Garten habe sie im Laufe der Zeit zu einem Landschaftsgarten umgestaltet. Außerdem arbeite sie in der Fachgruppe „Wildstauden“ in der Deutschen Gesellschaft für Gartenbau und Landschaft mit. Am Ende ihrer Ausführungen bittet sie die Sitzungsteilnehmer, ihre Fragen an sie zu

richten.

Es schließen sich mehrere Fragen aus dem Kreis der Ausschussmitglieder **Dr. Damberg**, **Lienau**, **Dr. Hornhardt**, **Becker**, **Kullik** und **Dr. Holsten** an Frau Dr. Looks an, die von ihr ausführlich beantwortet werden.

### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

1. Herr Dirk Israel wird ab 01.07.2015 für fünf Jahre zum Naturschutzbeauftragten für den Nordkreis (ehemaliger Landkreis Bremervörde) berufen.
2. Frau Dr. Christiane Looks wird ab 01.07.2015 für fünf Jahre zur Naturschutzbeauftragten für den Südkreis (ehemaliger Landkreis Rotenburg) berufen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 22.04.2015: Geplante Fracking-Gesetze und deren Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt**  
**Vorlage: 2011-16/1049**

---

**Abgeordneter Dr. Damberg** erläutert seinen Antrag, mit dem er eine Beratung der kritischen Stellungnahme des BBU zu den Problemen des Fracking erreichen möchte. Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung sei ihm zu Fracking-freundlich. Er bittet darum, die in der Stellungnahme angesprochenen kritischen Aspekte zur Kenntnis zu nehmen und die Bevölkerung darüber zu informieren. In den genannten Gutachten seien zahlreiche Risiken benannt, die noch nicht ausreichend erforscht seien. Nach seiner Auffassung werde es nach Inkrafttreten des Gesetzes viel mehr Bohrungen geben als zuvor. **Abgeordneter Dr. Damberg** zitiert einzelne Textpassagen aus der BBU-Stellungnahme (Anmerkung: Die Stellungnahme steht im vollen Wortlaut im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung, auch für die Öffentlichkeit zugänglich). U. a. berge die Bohrlochbergbautechnologie ein hohes Risiko. Das Thema Radioaktivität tauche kaum in der öffentlichen Diskussion auf. Man solle die Beratungen des Bundestages, des Bundesrates und des Landtags öffentlich darstellen. **Abgeordneter Dr. Damberg** befürchtet nach Inkrafttreten des Gesetzes einen „Großversuch“.

**Ausschussvorsitzender Kullik** bittet um Einhaltung der Redezeit. **Abgeordneter Sievert** ist der gleichen Meinung. Er bittet den Abgeordneten Dr. Damberg um Präzisierung seiner Forderungen an den Kreistag, insbesondere, was der Kreistag beschließen und was er umsetzen solle. **Abgeordneter Dr. Damberg** bekräftigt, es gehe ihm um mehr Aufklärung der Bevölkerung über die geschilderten Risiken. **Abgeordnete Dr. Hornhardt** ergänzt, öffentliche Informationen hierzu wären wünschenswert. Der Landkreis sei hier etwas „unterbelichtet“. Man könne die Homepage nutzen, um Ergebnisse der Öffentlichkeit darzustellen. Es gebe eine gesetzliche Pflicht, Umweltinformationen herauszugeben. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** entgegnet, ein Gesetzentwurf sei keine Umweltinformation. Er verweist auf das Kreistagsinformationssystem, in dem alle von dem Abgeordneten Dr. Damberg angesprochenen Informationen für die Öffentlichkeit abrufbar seien. An die Pressevertreter gerichtet, bekräftigt **Abgeordneter Dr. Damberg**, sein Ziel sei eine Information der Bevölkerung durch die Presse.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** weist ergänzend auf folgendes hin: Die Arbeitsgruppe Erdöl-Erdgas habe sich mit dem seinerzeit verfügbaren Referentenentwurf befasst. Der jetzige Gesetzentwurf bleibe dahinter zurück. Am 01.06.2015 werde sich die Arbeitsgruppe Erdöl-Erdgas erneut mit

dieser Angelegenheit befassen. Vorranggebiete für Trinkwassergewinnung sollen gemäß einer Kreistagsresolution vom Fracking ausgenommen werden.

**Ausschussvorsitzender Kullik** schlägt mit Blick auf die bereits verstrichene Redezeit vor, die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt zu beenden. Auf ausdrückliche Nachfrage bestätigt **Abgeordneter Dr. Damberg**, sein Antrag sei mit der heutigen Beratung in öffentlicher Sitzung des Ausschusses erledigt.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 25.04.2015: Belastung der Bevölkerung und der Umwelt durch radioaktive Stoffe beim Fracking**  
**Vorlage: 2011-16/1051**

---

**Abgeordneter Dr. Damberg** führt aus, über radioaktive Stoffe bei der Erdgasgewinnung würden keine Werte veröffentlicht. Als Beispiel nennt er Radon als zweithäufigste Krebsursache. Nach seinen Informationen würden (jährlich) ca. 2000 Tonnen radioaktive Stoffe als Nebenprodukt anfallen. **Abgeordneter Dr. Holsten** bittet um Benennung der Inhalte des zitierten Gutachtens von Avenir Vengosh. Er selbst habe sich den Text des Gutachtens übersetzt. Nach Aussage dieses Gutachters fielen die angesprochenen radioaktive Stoffe ausschließlich bei der Förderung von Schiefergas an und stellten deshalb ein Problem dar, da sie im Abwasser enthalten seien, welches in offenen Gräben abgeleitet würde. Eine solche Situation gebe es im Landkreis Rotenburg (Wümme) nicht. Er regt an, bei künftigen Anträgen präziser zu formulieren und nicht allgemeine Vorwürfe zu erheben.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** ergänzt, Radioaktivität sei bei allen Bergbauaktivitäten möglich. Im Zuge der Untersuchung von Bohrplätzen werde dies als eines von vielen Themen vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie untersucht. In der Arbeitsgruppe Erdöl-Erdgas werde dieses Thema inhaltlich behandelt.

Die Auseinandersetzung mit dieser Thematik in der Arbeitsgruppe Erdöl-Erdgas solle als Erfüllung des Antrages angesehen werden. **Abgeordneter Dr. Damberg** stimmt dem zu.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

**Abgeordneter Dr. Damberg** fragt an, ob dem Landkreis konkrete Ergebnisse über radioaktive Stoffe in Bohrschlämmen sowie im anfallenden Abwasser vorlägen. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** teilt mit, der Landkreis nähme selbst keine Messungen vor. Das LBEG werde hierzu befragt.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

Im Anschluss stellt **Frau Nordhoff** die Ziele der heutigen Bereisung kurz vor. Endpunkt der Bereisung solle wieder das Kreishaus Bremervörde sein.

**b) nichtöffentlicher Teil**

Punkt 10 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

---

Es liegen keine Berichte und Anfragen vor.

**Ausschussvorsitzender Kullik** schließt um 11:45 Uhr die Sitzung. Die Teilnehmer werden gebeten, sich für die anschließende Bereisung in den bereitstehenden Bus zu begeben.

gez. Kullik  
Vorsitzender

gez. Luttmann  
Landrat

gez. Cordes  
Protokollführer